

Anlage

C	Bebauungsplan Nr. II/Ba 7 „Wohngebiet Hollensiek“ <ul style="list-style-type: none">- Übersichtspläne, Planzeichnung und Festsetzungen- Begründung zum Entwurf Planungsstand: Entwurf März 2012
----------	---

Stadt Bielefeld

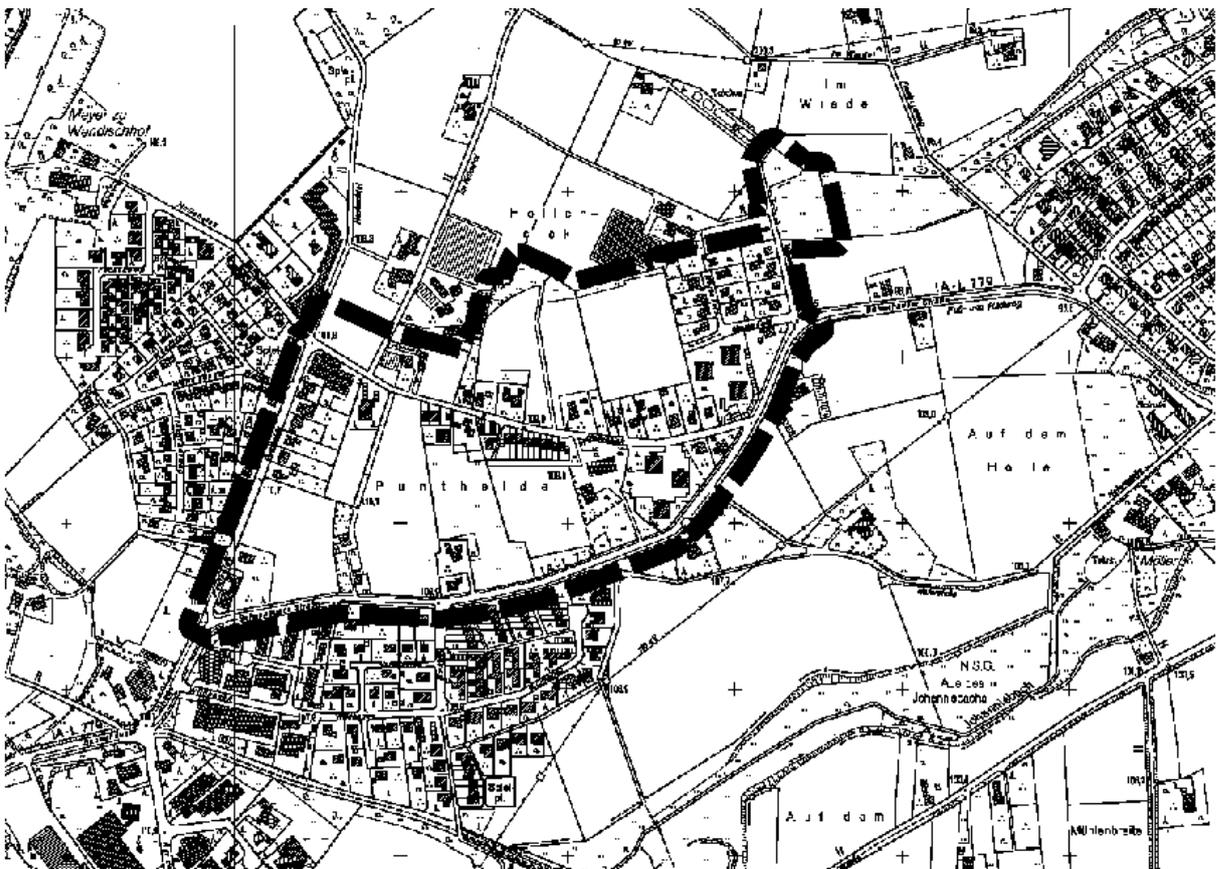
Stadtbezirk Dornberg

Neuaufstellung

Bebauungsplan Nr. II/Ba 7

„Wohngebiet Hollensiek“

Verfahrensstand: Entwurf März 2012



LAGE IM STADTBEZIRK

Inhaltsverzeichnis:

Bebauungsplan Nr. II/Ba 7 „Wohngebiet Hollensiek“, Neuaufstellung

I. Übersichtspläne, Planzeichnung und Festsetzungen

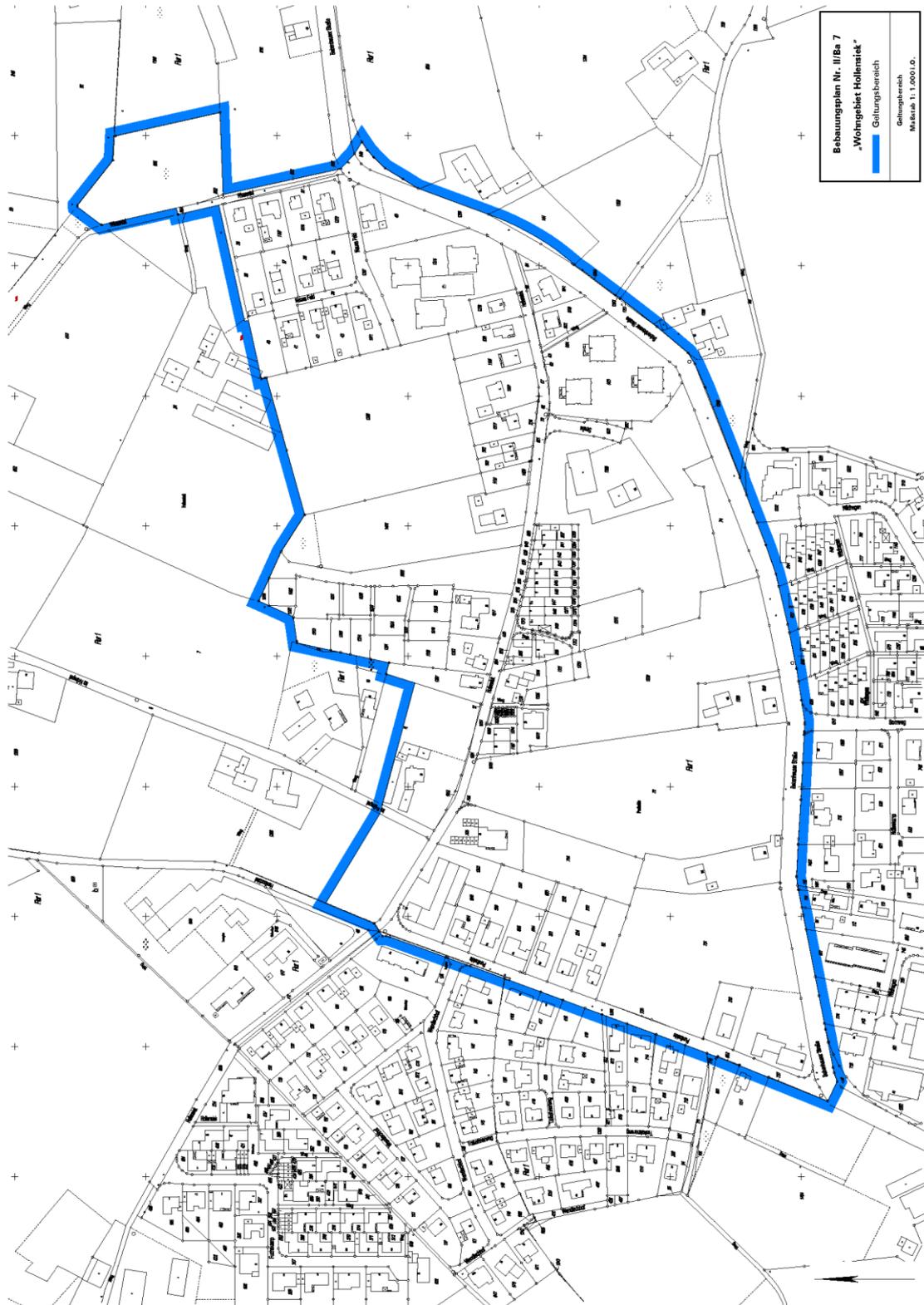
1. Übersichtsplan/Abgrenzungsplan (Maßstab i.O. 1:1.000 - verkleinert)
2. Gestaltungsplan (Maßstab i.O. 1:1.000 – verkleinert)
3. Nutzungsplan Nr. II/Ba 7 „Wohngebiet Hollensiek“ (Maßstab i.O. 1:1.000 – verkleinert)
4. Angabe der Rechtsgrundlagen
5. Planzeichenerklärung und textliche Festsetzungen gemäß § 9 BauGB und gemäß BauNVO, Signaturen der Katastergrundlage
6. Hinweise zur Beachtung

II. Begründung - weitere Gliederung siehe dort

1. Planungsanlass, übergeordnetes Ziel der Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. II/Ba 7 und Planverfahren
2. Örtliche Gegebenheiten des Plangebietes
3. Planungsvorgaben, bisherige Flächenausweisung
4. Planungsgrundsätze und Abwägung
5. Umweltprüfung und Umweltbericht gemäß BauGB
6. Bodenordnung und finanzielle Auswirkungen
7. Flächenbilanz und Zahl der Wohneinheiten

I. Übersichtspläne, Planzeichnung und Festsetzungen

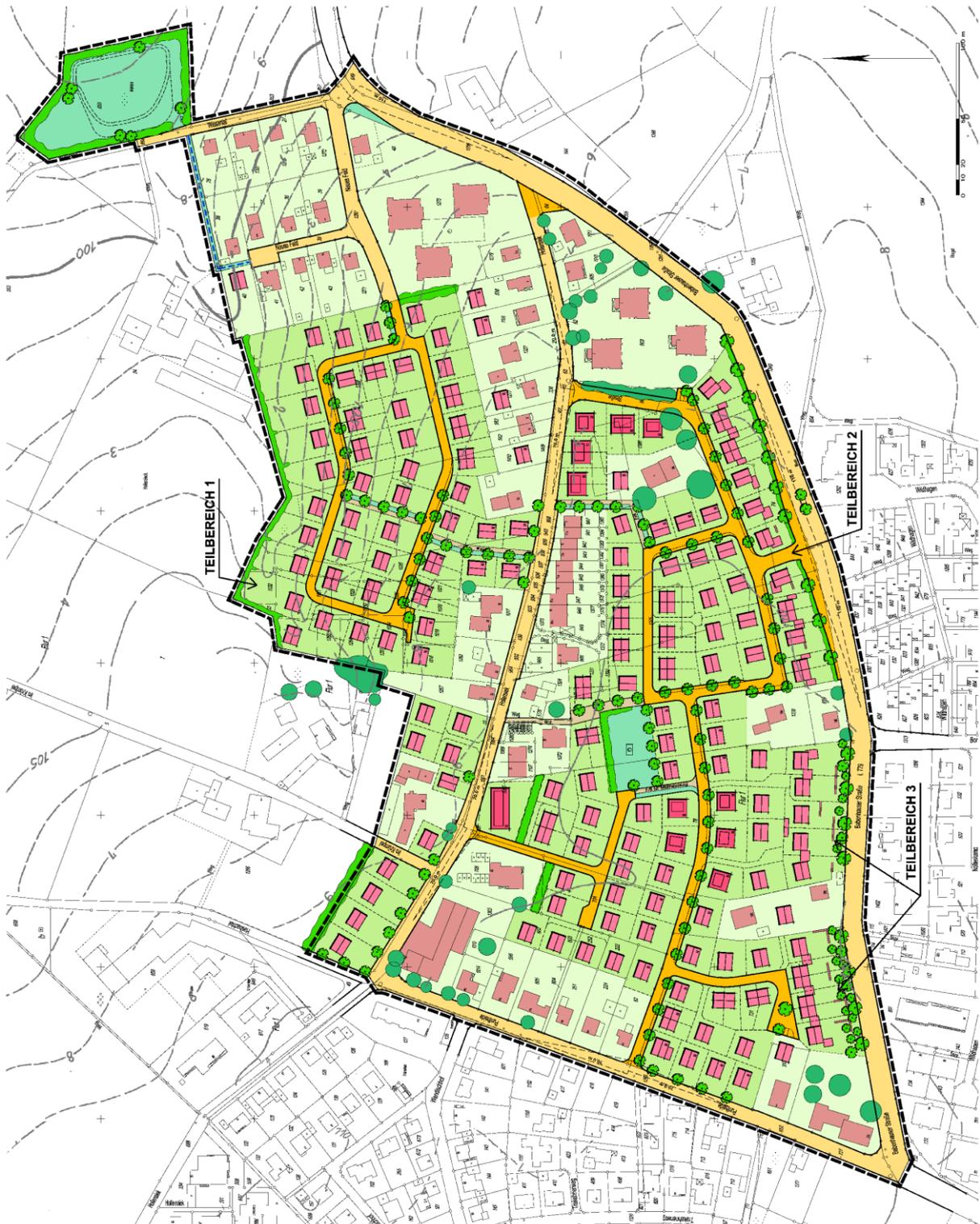
1. Übersichtsplan / Abgrenzungsplan



Planungsstand: Entwurf März 2012
Maßstab im Original 1:1.000, hier verkleinert

◀
Norden

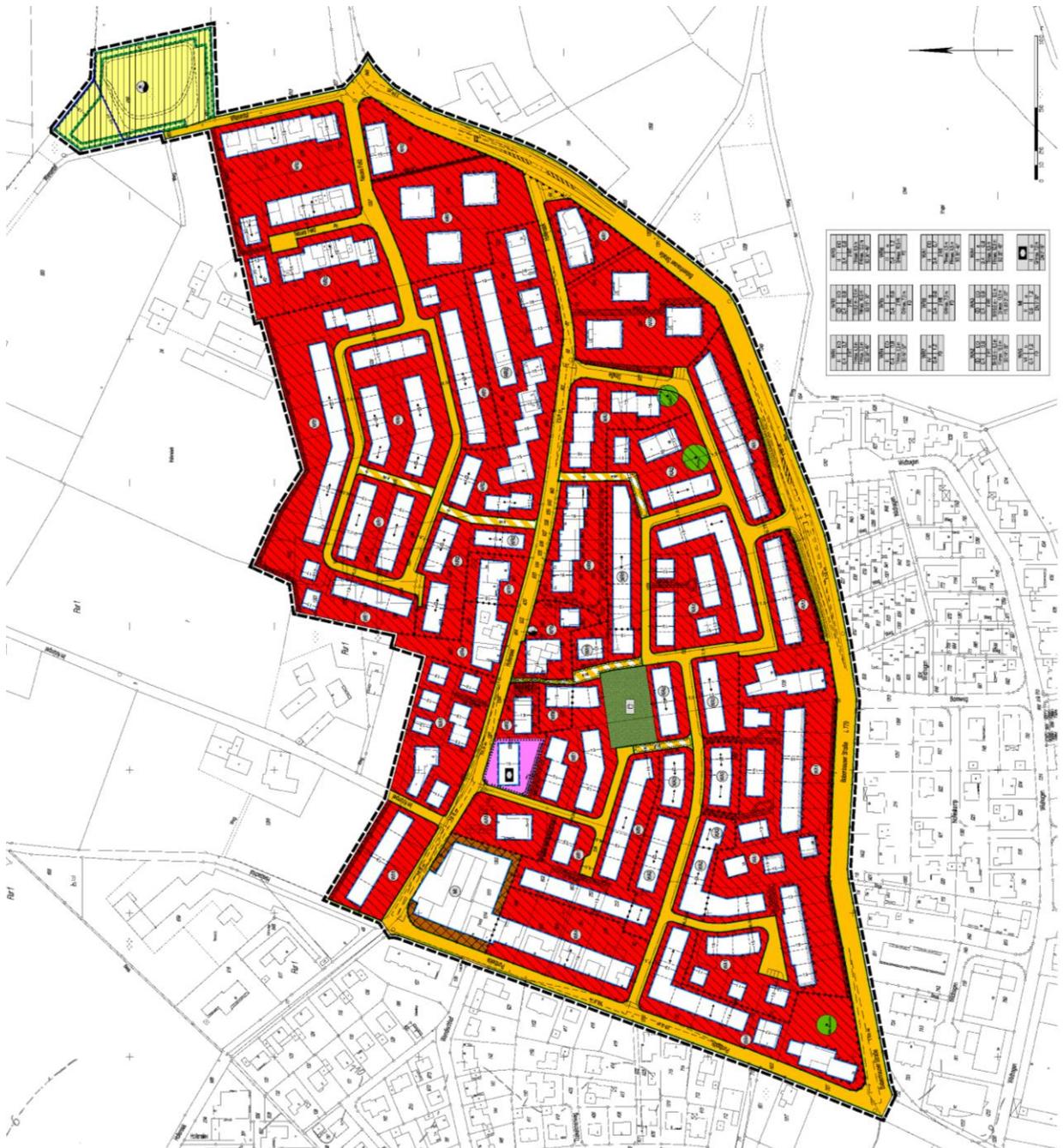
2. Gestaltungsplan



Planungsstand: Entwurf März 2012
Maßstab im Original 1:1.000, hier verkleinert

◀
Norden

3. Nutzungsplan Nr. II/Ba 7, „Wohngebiet Hollensiek“



Planungsstand: Entwurf März 2012
Maßstab im Original 1:1.000, hier verkleinert

◀
Norden

4. Angabe der Rechtsgrundlagen

Das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509);

die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Bau-nutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.04.1993 (BGBl. I S. 466);

die Planzeichenverordnung (PlanzV'90) in der Fassung vom 18.12.1990 (BGBl. I 1991 S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509);

das Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnatur-schutzgesetz - BNatSchG) vom 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 06.10.2011 (BGBl. I S. 1986);

§ 86 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen – Landesbau-ordnung (BauO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.03.2000 (GV. NRW S. 256), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.12.2011 (GV. NRW. S. 729);

die Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13.12.2011 (GV. NRW S. 685).

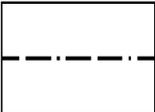
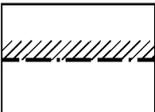
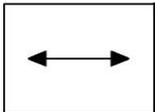
Anmerkungen und Hinweise:

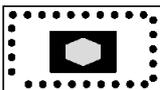
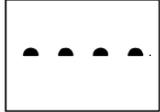
Soweit bei Festsetzung von Baugebieten keine anderen Bestimmungen gemäß § 1 (4)-(10) BauNVO getroffen sind, sind die §§ 2-14 BauNVO Bestandteil des Bebauungsplanes.

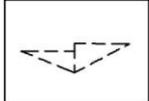
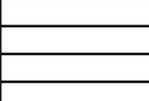
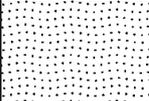
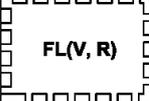
Zuwiderhandlungen gegen die gemäß § 86 BauO NRW in den Bebau-ungsplan aufgenommenen Festsetzungen (örtliche Bauvorschriften) sind Ordnungswidrigkeiten im Sinne des § 84 (1) Nr. 20 BauO NRW und können gemäß § 84 (3) BauO NRW als solche geahndet werden.

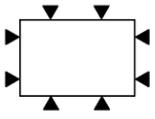
 <p>2 WE</p> <p>4 WE</p>	<p>2. sonstige nicht störende Gewerbebetriebe, 3. Anlagen für Verwaltungen.</p> <p>1.2.3 <u>Unzulässig sind gemäß § 1 (6) Nr. 1 i.V.m. § 4 (3) BauNVO:</u> 4. Gartenbaubetriebe und 5. Tankstellen.</p> <p>1.3 <u>Mischgebiet</u> gemäß § 6 BauNVO</p> <p>1.3.1 <u>Allgemein zulässig sind gemäß § 6 (2) BauNVO:</u> 1. Wohngebäude, 2. Geschäfts- und Bürogebäude, 3. Einzelhandelsbetriebe, Schank- und Speisewirtschaften sowie Betriebe des Beherbergungsgewerbes, 4. sonstige Gewerbebetriebe, 5. Anlagen für Verwaltungen sowie für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke.</p> <p>1.3.2 <u>Unzulässig sind gemäß § 1 (5) i.V.m. § 6 (2) BauNVO:</u> 6. Gartenbaubetriebe, 7. Tankstellen, 8. Vergnügungsstätten i.S. des § 4a (3) Nr. 2 in den Teilen des Gebiets, die überwiegend durch gewerbliche Nutzungen geprägt sind.</p> <p>1.3.3 <u>Unzulässig sind gemäß § 1 (6) Nr. 1 i.V.m. § 6 (3) BauNVO:</u> Vergnügungsstätten i.S. des § 4a (3) Nr. 2 außerhalb der in § 6 (2) Nr. 8 bezeichneten Teile des Gebiets.</p> <p>1.4 <u>Höchstzulässige Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden</u> gemäß § 9 (1) Nr. 6 BauGB</p> <p>WR1, WR2, WR3, WR5, WR8, WA1 und WA2: Je Wohngebäude (Einzelhaus) sind maximal zwei Wohneinheiten zulässig. Je Doppelhaushälfte sowie je Reiheneinheit ist maximal eine Wohneinheit zulässig.</p> <p>WA3: Je Wohngebäude (Einzelhaus) sind maximal vier Wohneinheiten zulässig. Je Doppelhaushälfte sind maximal zwei Wohneinheiten zulässig.</p>
<p>2</p>	<p>Maß der baulichen Nutzung gemäß § 9 (1) Nr. 1 BauGB</p>
<p>0,4</p> <p>1,2</p>	<p>2.1 <u>Grundflächenzahl (GRZ)</u> gemäß §§ 16, 17 und 19 BauNVO</p> <p>Zulässige Grundflächenzahl als Höchstmaß, z.B. maximal 0,4</p> <p>Zulässige Geschossflächenzahl als Höchstmaß, z.B. maximal 1,2</p>

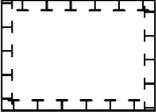
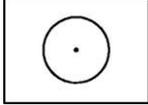
<p style="text-align: center;">II</p> <p style="text-align: center;">(II)</p> <p>THmax 6,5 m</p> <p>TH 6,0 m – 6,5 m</p> <p>WH 6,0 m – 6,5 m</p> <p>FHmax 10,5 m</p> <p>GHmax 10,5 m</p>	<p>2.2 <u>Zahl der Vollgeschosse (Z) im Sinne des § 2 (5) BauO NRW gemäß §§ 16 und 20 (1) BauNVO</u></p>
	<p>Vollgeschosse als Höchstmaß, z.B. maximal zwei Vollgeschosse</p> <p>Vollgeschosse zwingend, hier zwei Vollgeschosse</p>
	<p>2.3 <u>Höhe baulicher Anlagen</u> gemäß §§ 16, 18 BauNVO</p>
	<p>2.3.1 Maximal zulässige Traufhöhe in Meter, z.B. 6,5 m</p>
	<p>2.3.2 Zulässige Traufhöhe als Mindest- und Höchstmaß in Meter, hier 6,0 m - 6,5 m</p>
	<p>2.3.3 Zulässige Wandhöhe als Mindest- und Höchstmaß in Meter, hier 6,0 m - 6,5 m</p>
	<p>2.3.4 Maximal zulässige Firsthöhe in Meter, z.B. 12,0 m</p>
<p>2.3.5 Maximal zulässige Gesamthöhe in Meter, z.B. 10,5 m</p> <p>2.3.6 Ausnahmen nach § 31 (1) BauGB: Bei Um- und Anbauten im überplanten Altbestand (siehe eingemessene Gebäude in der Katastergrundlage des Nutzungsplans) können Überschreitungen der festgesetzten Höhenmaße zugelassen werden, soweit sich diese im Rahmen der jeweiligen Trauf-, Wand-, First- und Gesamthöhe des betroffenen Altbaus bewegen (= maximale Überschreitung bis zur jeweils bestehenden Trauf-, Wand-, First- bzw. Gesamthöhe) sowie wenn dies zur Anpassung an die bestehende Nachbarbebauung städtebaulich sinnvoll ist.</p>	
<p>2.3.7 Bei der Berechnung der Höhe der baulichen Anlagen sind folgende Bezugspunkte maßgebend:</p> <p><u>Obere Bezugspunkte:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Traufhöhe bei geneigten Dächern = Schnittkante der Außenfläche der Außenwand mit der Oberkante Dachhaut. - Wandhöhe: Bei geneigten Dächern entspricht die Wandhöhe der Traufhöhe (s.o.). Bei Flachdächern entspricht die Wandhöhe dem obersten Abschluss der aufgehenden Außenwand. - Firsthöhe = Oberkante First - Gesamthöhe = oberster Abschluss der Außenwand <p><u>Untere Bezugspunkte:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Oberkante der zur Erschließung bestimmten nächstgelegenen öffentlichen Straßenverkehrsfläche auf Grundlage des endausgebauten Zustands der Straße (im Regelfall Oberkante Bordstein). 	

	Bei geneigter Verkehrsfläche ist die im Mittel gemessene Höhe bezogen auf die jeweilige Außenwandlänge des einzelnen Gebäudes maßgebend, bei Doppelhäusern wird die Höhe gemessen in Höhe der mittleren = gemeinsamen Trenn- oder Grenzwall bzw. Grundstücksgrenze.
3	Bauweise, überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksfläche sowie Stellung baulicher Anlagen gemäß § 9 (1) Nr. 2 BauGB
g o ED a	<p>3.1 <u>Bauweise</u> gemäß § 22 BauNVO</p> <p>Geschlossene Bauweise</p> <p>Offene Bauweise</p> <p>Offene Bauweise, nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig</p> <p>Abweichend von der offenen Bauweise darf die Länge der Gebäude nur höchstens 25 m betragen</p>
	<p>3.2 <u>Überbaubare Grundstücksfläche</u> gemäß § 23 BauNVO</p> <p>Überbaubare Grundstücksfläche = durch Baugrenzen umgrenzter Bereich: - Baugrenzen</p>
	<p>3.3 Überschreitung der Baugrenzen als Ausnahme gemäß § 23(3) Satz 3 BauNVO: Für untergeordnete Anbauten, die als Aufenthaltsraum auch Bestandteil des Hauptgebäudes werden können (z.B. Wintergärten), kann eine Überschreitung der markierten Baugrenzen gemäß Planeintrag um maximal 3 m auf maximal 5 m Außenwandlänge je Gebäude zugelassen werden.</p>
	<p>3.4 <u>Stellung baulicher Anlagen</u> gemäß § 9 (1) Nr. 2 BauGB</p> <p>Hauptfistrichtung und Gebäudelängsachse der Hauptbaukörper.</p>
4	Flächen für erforderliche Nebenanlagen, Stellplätze und Garagen gemäß § 9 (1) Nr. 4 BauGB
	4.1 <u>WR, Einschränkungen für Garagen, Carports und Nebenanlagen</u> gemäß § 23 (5) BauNVO

	<p>Im WR und im WA sind Garagen und Carports auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen der Vorgärten, d.h. zwischen Baufeld und Erschließungsstraßen, in einem 5 m breiten Streifen entlang der öffentlichen Verkehrsflächen unzulässig.</p> <p>Im WR und im WA sind Kellerersatzräume, Geräteschuppen, Gartenlauben und ähnliche Kleingebäude als Nebenanlagen gemäß § 14(1) BauNVO auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen der Vorgärten, d.h. zwischen Baufeld und Erschließungsstraßen, in einem 5 m breiten Streifen entlang der öffentlichen Verkehrsflächen unzulässig. Ausgenommen hiervon bleiben lediglich die nicht überbaubaren Flächen entlang der festgesetzten Straßenfläche der Babenhauser Straße.</p> <p><i>Hinweis: Definition des Vorgartenbereiches und baugestalterische Festsetzungen zu Stellplätzen und Nebenanlagen siehe Ziffer 12.2. der textlichen Festsetzungen.</i></p>
5	Flächen für den Gemeinbedarf gemäß § 9 (1) Nr. 5 BauGB
	5.1 <u>Fläche für den Gemeinbedarf</u> Zweckbestimmung Kindertagesstätte
6	Verkehrsflächen und Sichtfelder gemäß § 9 (1) Nr. 10, 11 BauGB
	6.1 <u>Begrenzungslinie öffentlicher Verkehrsflächen</u>
	6.2 <u>Straßenverkehrsflächen, öffentlich</u>
	6.3 <u>Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung:</u>
	Öffentlicher Fuß- und Radweg, <i>Hinweis: Die öffentlichen Fuß- und Radwege werden teilweise mit einem Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten der Anlieger, der Träger der Ver- und Entsorgung sowie der Entsorgungs- und Rettungsfahrzeuge belastet (siehe Ziffer 8 der textlichen Festsetzungen).</i>
	6.4 <u>Ein- und Ausfahrtsverbot, an privaten Flächen auch Zugangsverbot</u>
	6.5 <u>Sichtfelder als freizuhaltende Fläche</u> gemäß § 9 (1) Nr. 10 BauGB

	<p>Sichtfelder sind von Sichtbehinderungen jeder Art in einer Höhe zwischen 0,8 und 2,5 m über Fahrbahnoberkante ständig freizuhalten.</p>
<p style="text-align: center;">7</p>	<p>Versorgungsflächen und Führung von Versorgungsleitungen gemäß § 9 (1) Nr. 12 und Nr. 13 BauGB</p>
  	<p>7.1 <u>Flächen für Versorgungsanlagen</u></p> <p>Trafostation der Stadtwerke Bielefeld</p> <p>Regenwasserentwässerung <i>Hinweis: Eine naturnahe Gestaltung mit einem hohen Anteil flach geneigter Uferbereiche ist vorgesehen.</i></p>
<p style="text-align: center;">8</p>	<p>Grünflächen gemäß § 9 (1) Nr. 15 BauGB</p>
 	<p>8.1 <u>Öffentliche Grünfläche</u></p> <p>Zweckbestimmung Spielplatz</p>
<p style="text-align: center;">9</p>	<p>Geh-, Fahr- und Leitungsrechte gemäß § 9 (1) Nr. 21 BauGB</p>
 	<p>9.1 <u>Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten</u> gemäß Planeintrag zu Gunsten Anlieger, der Stadtwerke Bielefeld und der weiteren Ver- und Entsorgungsträger zu belastende Flächen.</p> <p>9.2 <u>Mit Fahr- und Leitungsrechten</u> gemäß Planeintrag zu Gunsten der Stadtwerke Bielefeld und der weiteren Ver- und Entsorgungsträger sowie für Entsorgungs- und Rettungsfahrzeuge (Müllfahrzeuge und Einsatzwagen wie Feuerwehr, Krankenwagen, Polizei) zu belastende Flächen.</p>

	<p>9.3 <u>Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten</u> gemäß Planeintrag zu Gunsten der Stadtwerke Bielefeld und der weiteren Ver- und Entsorgungsträger zu belastende Flächen.</p>
<p>10</p>	<p>Maßnahmen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes gemäß § 9 (1) Nr. 24 BauGB</p>
	<p>10.1 <u>Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Einwirkungen</u></p> <p>Die Außenbauteile der Gebäude sind entlang der gekennzeichneten Baugrenzen an der Babenhauser Straße mit einer prognostizierten Verkehrslärmbelastung von < 70 bis 60 dB(A) bei Neubebauung, Umbauten und Nutzungsänderungen durch passive Lärmschutzmaßnahmen (schallgedämmte Außenwände, Dächer, Fenster und Lüftungseinrichtungen) vor schädlichen Lärmeinwirkungen derart zu schützen, dass in Wohnräumen tags 35 dB(A) und in Schlafräumen nachts 30 dB(A) nicht überschritten werden. Ein entsprechender schalltechnischer Nachweis über die Einhaltung dieser Innenschallpegel nach VDI 2719 ist zu erbringen.</p> <p>Bei wesentlichen Nutzungsänderungen oder bei Umbau vorhandener Gebäude mit wesentlicher Grundrissänderung sind die Wohnungsgrundrisse so auszurichten, dass besonders schutzbedürftige Wohn- und Schlafräume zur lärmabgewandten Seite angeordnet werden.</p> <p><i>Hinweise: Im Regelfall reichen hier nach den Ergebnissen des Schallgutachtens handelsübliche Fenster der Schallschutzklasse 2 sowie nach dem Stand der Technik gedämmte Rolladenkästen und Außenfassaden aus.</i></p> <p>Grundlage der Festsetzung 10.1 Schalltechnisches Gutachten im Rahmen des Bauleitplanverfahrens Nr. II/Ba 7 „Wohngebiet Hollensiek“, Akus GmbH, Bielefeld, siehe Begründung mit Anlage.</p>
<p>11</p>	<p>Planungen, Nutzungsregelungen, Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft sowie Pflanzbindungen gemäß § 9 (1) Nr. 20, 25 BauGB</p>

  	<p>11.1 <u>Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft</u> gemäß § 9 (1) Nr. 20 BauGB Am westlichen und südwestlichen Rand der Fläche: Anpflanzung, fachgerechte Pflege und dauerhafte Erhaltung einer mindestens 3-reihigen Strauch-Baum-Hecke aus standortgerechten, heimischen Gehölzen mit einem mittleren Pflanzabstand von 1,0 m in und zwischen den Reihen und einem Baumanteil von mindestens 12 %. Auf der verbleibenden Fläche landschaftsseitig Entwicklung von Extensivgrünland, 1-malige Mahd/Jahr und Abfuhr des Mähguts, Integration des namenlosen Gewässers 16.01.</p> <p>11.2 <u>Flächen für Anpflanzungen</u> gemäß § 9 (1) Nr. 25a BauGB Anpflanzung, fachgerechte Pflege und dauerhafte Erhaltung einer mindestens 2-reihigen Strauch-Hecke aus standortgerechten, heimischen Gehölzen mit einem mittleren Pflanzabstand von 1,0 m in und zwischen den Reihen. Vorhandener standortgerechter, heimischer Gehölzbestand ist anzurechnen.</p> <p>11.3 <u>Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen</u> gemäß § 9 (1) Nr. 25b BauGB</p> <p>Erhalt, fachgerechte Pflege und dauerhafte Erhaltung von Einzelbäumen (vgl. DIN-Norm 18920, Informationen erhältlich über das Umweltamt der Stadt Bielefeld). Abgänge sind standortgerecht zu ersetzen. <i>Hinweis: Die Einmessung schützenswerter und zum Erhalt festzusetzender Gehölze findet im Laufe des weiteren Verfahrens statt.</i></p>
<p style="text-align: center;">12</p>	<p style="text-align: center;">Örtliche Bauvorschriften gemäß § 86 BauO NRW in Verbindung mit § 9 (4) BauGB</p>
<p>DN ...</p> <p>SD 35° - 45°</p> <p>FD</p>	<p>12.1 <u>Äußere Gestaltung baulicher Anlagen</u> gemäß § 86 (1) Nr. 1 BauO NRW</p> <p>12.1.1 <u>Dachform und Dachneigung</u></p> <p>In den Teilbauflächen des WR, des WA und des MI sind gemäß Eintrag in der Planzeichnung für die Hauptbaukörper folgende Dachformen und Dachneigungen zulässig:</p> <ul style="list-style-type: none"> - geneigtes Dach, Neigung der Hauptdachfläche gemäß Plankarte, z.B. 3° - 30°, - symmetrisches Satteldach (SD), Neigung der Hauptdachfläche gemäß Plankarte, z.B. 35-45°, - Flachdach <p>Bei Nebendächern, untergeordneten Bauteilen und Nebengebäuden sind jeweils auch andere Dachformen und Dachneigungen zulässig.</p>

12.1.2 Dacheindeckung

Als Dacheindeckung sind für Hauptdächer über 22° Dachneigung Tonziegel sowie Betondachsteine in roten bis braunen Farben oder in den Farbtönen von anthrazit bis schwarz (Abgrenzung zu grau: gleich oder dunkler als RAL 7016 anthrazitgrau) vorgeschrieben. Bei geringeren Dachneigungen, untergeordneten Bauteilen, Nebenanlagen etc. sind auch andere Materialien und Farben zulässig. Extensive Dachbegrünungen sind ebenfalls zulässig.

Glänzende und glasierte Dachpfannen sind grundsätzlich unzulässig.

12.1.3 Dachaufbauten und Dacheinschnitte

Dachaufbauten und -einschnitte sind erst ab einer Dachneigung von 35° zulässig, sie sind zudem nur in einer Geschossebene zulässig. Sie sind aus der Fassadengliederung der darunter befindlichen Geschosse abzuleiten.

Alle über der Traufe angeordneten Bauteile wie Dachgauben, Zwerchgiebel und Dacheinschnitte dürfen in ihrer Gesamtlänge 50 % der jeweiligen Trauflänge nicht überschreiten, Einzelanlagen werden zusammengerechnet (Bemessung: größte Länge des Bauteiles in der Dachhaut, Beispiel: im Normalfall am Fuß einer Gaube im Schnittpunkt mit der Dachfläche).

Vom Ortgang und zwischen den Dachaufbauten ist ein Abstand von jeweils mindestens 1,5 m einzuhalten.

Die Firstoberkante von Nebendächern muss mindestens 0,5 m unterhalb der Oberkante des Hauptfirstes liegen.

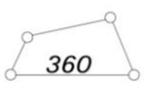
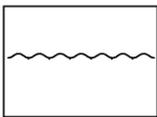
12.1.4 Abweichungen

Bei An-/Umbauten im überplanten Altbestand (siehe eingemessene Gebäude in der Katastergrundlage des Nutzungsplanes) können Abweichungen von den Festsetzungen 12.1.1 und 12.1.2 als Ausnahme zugelassen werden, soweit sich diese im Rahmen der jeweiligen Dachneigung und des jeweiligen Materials der Dacheindeckung des betroffenen Altbaus bewegen oder wenn dies zur Anpassung an die bestehende Nachbarbebauung städtebaulich sinnvoll ist.

12.2 Gestaltungs- und Bepflanzungsvorschriften gemäß § 86 (1) Nr. 4, 5 BauO NRW

12.2.1 Vorgärten im gesamten WR und WA:

Die Grundstücksstreifen zwischen öffentlicher Verkehrsfläche und zugewandter Gebäudefront sind als Vorgärten gärtnerisch zu gestalten und dauerhaft zu unterhalten (Vorgartenbereich mit im Regelfall 3 bis 5 m Abstand zwischen Verkehrsfläche und Gebäude).

	<p>Ausgenommen von der Vorgarteneingrünung bleibt je Baugrundstück ein insgesamt maximal 7 Meter breiter Abschnitt als Zugang bzw. Garagenzufahrt. Darüber hinaus kann für weitere notwendige Stellplätze abweichend eine wassergebundene Befestigung zugelassen werden, wenn andere Grundstücksflächen hierfür ungeeignet sind. Insgesamt darf nicht mehr als 1/3 der Vorgartenfläche befestigt werden. Bei Doppel- und Reihenhäusern gilt das Maß 1/2, Abweichungen können hier für weitere notwendige Stellplätze zugelassen werden.</p> <p>Abfallbehälter sind in Vorgärten nur zulässig, wenn Sichtschutz durch standortgerechte Laubgehölze, begrünte Holzblenden oder Rankgerüste oder durch feste Schränke im Wandmaterial des Hauptbaukörpers vorgesehen wird.</p> <p><i>Hinweis: Zulässigkeit von Nebenanlagen im Vorgartenbereich siehe Ziffer 4.1 der textlichen Festsetzungen.</i></p> <p>12.2.2 <u>Nebenanlagen im Teilbereich WA1</u></p> <p>Innerhalb der nicht überbaubaren Flächen zwischen den südlichen Baufeldern und der Straßenfläche der Babenhauser Straße sind Nebenanlagen mit Sichtschutz durch standortgerechte Laubgehölze, begrünte Holzblenden bzw. Rankgerüste zu versehen. Auf diesen Sichtschutz darf nur verzichtet werden bei Nebenanlagen, die im selben Wandmaterial wie der Hauptbaukörper ausgeführt werden.</p>
13	Zeichenerklärungen und Signaturen der Katastergrundlage sowie nachrichtliche Darstellungen ohne Festsetzungscharakter
   5,0 m	<p>vorhandene Bebauung mit Hausnummer</p> <p>vorhandene Flurstücksgrenzen mit Grenzstein, Flurstücksnummer</p> <p>Nachrichtliche Übernahme: Namenloses Gewässer 16.01</p> <p>Maßangaben in Meter, hier z.B. 5,0 m</p>

6. Hinweise zur Beachtung

1. **Bodendenkmale:** Werden bei Erdarbeiten kultur- oder erdgeschichtliche Bodenfunde entdeckt (Tonscherben, Metallfunde, Bodenverfärbungen, Knochen etc.), ist gemäß §§ 15, 16 Denkmalschutzgesetz die Entdeckung unverzüglich der Stadt oder dem Amt für Bodendenkmalpflege anzuzeigen und die Entdeckungsstätte 3 Werktage unverändert zu erhalten.
2. **Altlasten:** Altlasten sind im Plangebiet bisher nicht bekannt. Nach § 2 (1) Landesbodenschutzgesetz besteht grundsätzlich die Verpflichtung, Anhaltspunkte für das Vorliegen einer Altlast oder schädlicher Bodenveränderungen unverzüglich der zuständigen Behörde anzuzeigen, wenn derartige Feststellungen bei Baumaßnahmen, Baugrunduntersuchungen oder ähnlichen Eingriffen in den Boden und den Untergrund getroffen werden.
3. **Kampfmittel/Bombenblindgänger:** Eine Belastung des Plangebiets durch Kampfmittel ist nicht bekannt. Unabhängig davon gilt grundsätzlich: Treten verdächtige Gegenstände oder Bodenverfärbungen auf, ist die Arbeit aus Sicherheitsgründen sofort einzustellen, Polizei (Tel. 0521/5450) oder Feuerwehrleitstelle (Tel. 0521/512301) sind zu benachrichtigen.
4. **Leitungs- und Unterhaltungsrechte für Regenwasserkanäle zu Gunsten der Stadt Bielefeld und des Umweltbetriebes der Stadt Bielefeld:** Die Stadt Bielefeld bzw. der Umweltbetrieb ist berechtigt, in den privaten Grundstücks-/Verkehrsflächen Entwässerungsleitungen zu verlegen, zu haben, zu betreiben, zu unterhalten, zu erneuern und ggf. zu vergrößern. Zu diesem Zweck sind die Beauftragten der Stadt Bielefeld oder die sonst von ihr beauftragten Personen berechtigt, die Grundstücke zu betreten und zu befahren. Die Eigentümer der privaten Verkehrsflächen und der angrenzenden Grundstücksflächen dürfen in einem Abstand von 2,50 m beiderseits der Rohrachse keine Maßnahmen durchführen, die Bestand und Betrieb der Leitungen gefährden. Insbesondere dürfen diese Duldungstreifen weder überbaut werden, noch dürfen tief wurzelnde Bäume oder Büsche gepflanzt oder Bodenaufschüttungen (z.B. Lärmschutzwall) vorgenommen werden. Die Anfahrbarkeit der Kanalschächte ist jederzeit zu gewährleisten. Zu diesem Zweck ist der Straßenaufbau nach der Richtlinie zur Standardisierung des Oberbaus von Verkehrsflächen (RStO 01) auszuführen, so dass schwere Lkw (Spülfahrzeuge etc.) den Privatweg schadlos befahren können.
5. **Belange des Artenschutzes:** Um ein Tötungs- und Verletzungsrisiko für gehölz- und gebäudenutzende Vögel auszuschließen, sind Baumfällungen, Gehölzrodungen und Gebäudeabriss außerhalb der Fortpflanzungszeit durchzuführen (ab 01.10. bis 28./29.02.) oder die zu entfernenden Gehölze und Bäume und abzureißende Gebäude sind vor der Maßnahme auf Nutzung durch Vögel zu untersuchen. Um ein Tötungs- und Verletzungsrisiko für Fledermäuse auszuschließen, sind abzureißende Gebäude unmittelbar vor dem Abriss auf eine Nutzung durch Fledermäuse zu untersuchen. Der Abriss sollte möglichst in der Zeit von August bis Ende Oktober durchgeführt werden, da zu dieser Zeit die Wochenstuben aufgelöst sind, die Tiere sich aber noch nicht in der Winterruhe befinden.
6. **Ökologische Belange und Niederschlagswasser:** Die Berücksichtigung ökologischer Belange wird nachdrücklich empfohlen: Wasser- und Energieeinsparung, Nutzung umweltverträglicher Energietechniken, Verwendung umweltverträglicher Baustoffe, naturnahe Umfeldgestaltung mit standortheimischen oder kulturhistorisch bedeutsamen Gehölzen. Zum Schutz vor extremen Niederschlagsereignissen ist das Baugelände so zu profilieren, dass Oberflächenabflüsse nicht in Erd-/Kellergeschosse eindringen können.